

11. Januar 2017

GEW Saarland gegen Abschaffung der Beihilfe für Landesbeamte

Die GEW-Saarland warnt davor, Beamte einfach in die gesetzliche Krankenversicherung zu überführen. Dabei geht es der GEW nicht um die Erhaltung von Privilegien, sondern darum ein eingeführtes System der Krankenversicherung zu erhalten. Die in der Bertelsmann-Studie aufgestellte Behauptung das Saarland könne bis zum Jahr 2030 fast 650 Millionen Euro einsparen hält die GEW für eine Milchmädchenrechnung. Vor allen Dingen ist unklar, wie sich der Faktor Demografie in der Beamtenschaft auf die Entwicklung der Krankheitskosten auswirken wird. Zudem ist völlig offen, ob die von den Beiträgen der Beamt_innen bei den privaten Krankenversicherungen gebildeten Rückstellungen, die dazu dienen die Beiträge im Alter niedrig zu halten, so einfach in die gesetzliche Krankenversicherung überführt werden können.

Die GEW wendet sich entschieden dagegen, mit solch unausgegorenen Vorschlägen das System der Krankenversorgung für Beamte zur Disposition zu stellen und damit die Bediensteten zu verunsichern.